

Die Zukunft der Gesundheitsversorgung

Bald wird ein neuer Landrat oder eine neue Landrätin gewählt. Die Bürgerinitiative „Pro Krankenhaus Schongau“ bat die Kandidaten zur Podiumsdiskussion zum Thema „Gesundheitsversorgung im Landkreis“.

VON SEBASTIAN TAUCHNITZ

Landkreis – Als unparteiischer Moderator konnte der ehemalige Weilheimer und Schongauer Pfarrer Jost Herrmann gewonnen werden. Ein Glücksgriff, wie sich schnell zeigte. Charmant und konsequent führte er durch die Veranstaltung, die durch einen Kunstgriffgeschick Längen und Wiederholungen vermied. Elf Fragen waren im Vorfeld vorbereitet worden. Bei jeder Frage wurde einer der Kandidaten ausgelost. Er hatte zwei Minuten, um sie zu beantworten.

Die anderen Kandidaten konnten dann mit Tafeln signalisieren, ob sie widersprechen möchten. Herrmann hatte vorher klargemacht, dass das Publikum sehr schnell mitbekomme, ob ein Kandidat wirklich etwas zu sagen habe oder nur zu Wort kommen möchte. Das funktionierte erstaunlich gut und sorgte dafür, dass manche Kandidaten zu einigen Themen nichts beitrugen, weil sie die Darstellung des Hauptredners teilten. Wir fassen die Aussagen der einzelnen Kandidaten zusammen. Die Reihenfolge auf dem Podium wurde ebenfalls ausgelost, wir behalten sie bei der Berichterstattung bei.

■ Michael Marksteiner (Freie Wähler)

Marksteiner machte klar, dass es derzeit bei der Krankenhaus Weilheim-Schongau GmbH ums Überleben gehe. Man könne maximal den derzeitigen Stand halten. Der Standort Schongau wäre sicher einfacher und günstiger zu erweitern, allerdings hätte Weilheim die wichtigen technischen und personellen Voraussetzungen für einen Schwerpunktversorger. Zum Thema „Transparenz“ meinte er, auch bei den geltenden gesetzlichen Regelungen für den Aufsichtsrat könne man „Kreistag und Öffentlichkeit informieren, wenn man das will“. Besonders die Vertragsverlängerung des damaligen Geschäftsführers Thomas Lippmann „wurmt mich immer noch saumäßig“. Um das Defizit der GmbH zu senken, will er der Geschäftsführung klare Vorgaben machen, was gewünscht und finanzierbar ist. Er regte die Einrichtung einer Demenzversorgung am „SOGesund“ mit einer zusätzlichen kleinen Bettenstation an. Beim Thema Wiedereröffnung der Geburtsstation ist Marksteiner skeptisch und meinte, dass es daran scheitern könne „dass wir die Hebammen nicht herbekommen“. Er mahnte an, die Entwicklung im Penzberger Krankenhaus nicht aus den Augen zu verlieren: „Es ist nur ein Satellit der Starnberger Kliniken. Und die Erfahrung zeigt, dass die Satelliten als erstes geschlossen werden.“

■ Brigitte Gronau (Grüne)

Gronau lobt die Strukturen, die nach dem Transformationsprozess bei der Krankenhaus GmbH entstanden sind. Die



Alle Landratskandidaten außer Timo Böge (BfP) waren zur Debatte erschienen. Im Auftrag der Bürgerinitiative begrüßten sie deren Sprecher (v.l.) Stefan Konrad, Daniela Puzzovio und Regina Haugg.

Notfallambulanz in Schongau behandle heute mehr Menschen als vorher die Notaufnahme. Sie kritisierte scharf, dass in Schongau zwar die Vorgaben der Krankenhausreform umgesetzt würden, diese aber nach wie vor nicht entsprechend entgolten werden. In der Debatte darüber, ob Schongau baulich nicht besser als Schwerpunktversorger geeignet wäre, stellte sie klar: „Die Qualität der ärztlichen Behandlung kann bei der Entscheidung nicht hinter die Verfügbarkeit von Parkplätzen gestellt werden.“ Sie nahm auch den Aufsichtsrat in Schutz, den sie „als sehr zukunftsreich“ erlebe. Die Debatte über eine Wiederöffnung der Geburtsstation ist für Gronau ein „Wolkenkuckucksheim“ – das Ministerium habe die Eröffnung einer Kinderstation abgelehnt, und bei einer Geburten- ohne Kinderstation sei „das Risiko zu hoch“. Ähnliches gelte auch für die Notaufnahme: „Sicherheit geht vor.“ Ohne Schlaganfall- und Herzinfarktbehandlungen vor Ort sei die Notfallambulanz die bessere Entscheidung.

■ Johann Bertl (CSU) Bertl kündigte gleich zu Beginn an, er wolle ein „Angebot für eine neue Vertrauens- und Gesprächsbasis auf Augenhöhe“ unterbreiten, sollte er zum Landrat gewählt werden. Die heutige Struktur der Krankenhaus GmbH sei das Resultat eines langen, schmerzvollen Prozesses, nun gehe es darum, sie zu stabilisieren und zu finanzieren. Davon, die Standorte gegeneinander auszuspielen, halte er nichts. Schongau profitiere von Weilheim und umgekehrt. Für ihn sei das Votum der Bürger im Bürgerentscheid bindend. Das heiße, dass eine Gesundheitsversorgung in beiden Teilen des Landkreises organisiert werden soll. Dennoch müsse man sich fragen, wie sich der Platz in Schongau nutzen lasse. Bertl kündigte an, im Fall seiner Wahl nach jeder Aufsichtsratssitzung den Kreistag informieren zu wollen: „Man kann das als Landrat, man muss es nur wollen.“ Er ließ durchblicken, dass er den Zuschussbedarf der GmbH in Zukunft genau im Auge behalten werde: „Eine Schuldenfinanzierung des Zuschusses wie heuer ist keine Option.“ Auch die Versorgung bei Geburten sei nicht finanzierbar, „wer etwas anderes verspricht, ist unseriös“. Zum Thema Penzberg meinte Bertl: „Wenn es noch zum Landkreis gehören würde, hätten wir noch einmal sechs



Das Thema Krankenhaus bewegt nach wie vor die Menschen. Der Saal im Pfarrheim „Verklärung Christi“ war bis auf den letzten Platz gefüllt.

Millionen Euro mehr Defizit zu schultern.“

■ Benjamin Nolte (AfD)

Nolte kritisierte die Politik der Vergangenheit scharf. Das Thema „Krankenhaus“ habe insbesondere in Schongau eine „emotionale Komponente“, die Geburtsstationen in Weilheim und Schongau seien damals angeblich nur vorübergehend geschlossen worden. Und bis heute geschlossen geblieben. Seine Schlussfolgerung: „Wir müssen das Vertrauen der Bevölkerung zurückgewinnen.“ Der Kreistag arbeite mit dem Geld der Bürger und müsse deswegen besser eingebunden werden. Nolte spekulierte darüber, dass die Geschäftsführung der GmbH „nun mit Strukturen leben muss, die sie nicht haben wollte“, schließlich habe sie sich klar für ein Zentralkrankenhaus ausgesprochen. Konkrete Forderungen leitete er daraus aber nicht ab.

■ Falk Sluyterman (SPD)

Sluyterman sprach offen darüber, dass er im Kreistag für den Transformationsprozess der Krankenhaus GmbH gestimmt habe: „Die Alternative wäre die geordnete Insolvenz gewesen – und dann wären in Schongau ganz die Lichter ausgegangen.“ Eine flächendeckende Krankenversorgung sei besonders wichtig. Auf die Frage, wo die Vor- und Nachteile beider Standorte liegen, meinte er: „Schongau hat freie Flächen, einen Hubschrauberlandeplatz, Parkplätze, es gibt die Pflegeschule und das Marie-Eberth-Heim auf dem Areal.“ Weilheim punkte durch seine Nähe zu München, die diskutierte Erweiterung dort werde aber wahrscheinlich „extrem schwierig und teuer“. Er kritisierte die bisherige Informationspolitik. Schon 2023 habe die Regierung von Oberbayern unmissverständlich klar gemacht, dass bei den Zuschüssen zur Krankenhaus GmbH gespart werden soll. Deswegen sei eine

Geburtsstation nicht finanzierbar. Stattdessen solle die Etablierung eines hebammengeführten Geburtshauses angestrebt werden. Er sprach sich dafür aus, die Notfallambulanz in Schongau rund um die Uhr zu öffnen. Da müsse nicht immer ein Arzt anwesend sein, es reiche in den Nachtstunden und am Wochenende auch aus, wenn sich ein Arzt aus Weilheim telemedizinisch dazu schalte.

■ Xavier van Rooijen (Linke)

Van Rooijen betonte immer wieder sein Unverständnis darüber, dass bei der Gesundheitsvorsorge über die Finanzierung gesprochen werde. Es sei der „grundfalsche Ansatz“, über die Grundversorgung Geld generieren zu wollen. Er schlug vor, Penzberg wieder in die Krankenhaus GmbH zu integrieren. An allen drei Standorten sollten dann Notaufnahmen und Geburtsstationen eingerichtet werden. Um das zu finanzieren, müsse der Landkreis Kredite aufnehmen, denn die Kreisumlage dürfe nicht steigen. Michael Marksteiner fragte daraufhin nach, ob ihm klar sei, dass Kredite auch zurückgezahlt werden müssen. Van Rooijen regte an, die Strukturen der GmbH auf den Prüfstand zu stellen: „Braucht es zwei Geschäftsführer und Pressesprecher?“

■ Wolfgang Taffertshofer (BfL)

Taffertshofer betonte, dass der Landkreis mit seiner Krankenhaus GmbH eine Vorreiterrolle eingenommen habe, als er den Transformationsprozess angestoßen habe. „Inzwischen ist die Situation völlig anders. Wir sind nicht mehr Einzelkämpfer, sondern Teil einer Strukturreform im Freistaat.“ Die Entscheidungen seien getroffen und nicht mehr zu revidieren. Er freue sich, dass das landkreisübergreifende Denken bei der Planung der Gesundheits-

versorgung jetzt umgesetzt werden soll. Ihn störe, dass in der Debatte allzu oft nur über die Krankenhäuser gesprochen werde: „Das Fundament der Gesundheitsversorgung bleiben die Haus- und niedergelassenen Ärzte.“ Die Kommunikation des Aufsichtsrates nach außen obliege der Landrätin, „wir brauchen maximale Transparenz“, so Taffertshofer. Die Einrichtung einer Geburtsstation mit Pädiatrie und Neonatologie würde zwischen drei und fünf Millionen Euro pro Jahr kosten, rechnete er vor. „Wenn mir jemand erklärt, wo wir das Geld hernehmen sollen, bin ich sofort dabei.“

■ Manuela Vanni (ÖDP)

Vanni präsentierte einen Gegenentwurf zum derzeit umgesetzten Transformationsplan. „Es ist vollkommen unmöglich, dass es bei rund 20 000 Frauen im Alter zwischen 20 und 45 bei uns im Landkreis keine Geburtsstation gibt“, sagte sie. Sie wolle die Bürger dazu befragen, ob sie die Ungleichheit zwischen Weilheim und Schongau bei der Krankenhausversorgung beenden wollen. Den Ausbau des Krankenhauses in Weilheim zum

Schwerpunktversorger könne sich der Landkreis „definitiv nicht leisten“. Stattdessen soll in beiden Häusern eine „ordentliche“ Grundversorgung mit permanent geöffneter Notaufnahme und eine Geburtsstation etabliert werden. Dafür sollen in Weilheim notfalls Abteilungen geschlossen werden. Wichtig sei für die Bevölkerung nicht die Spezialisierung, sondern eine Anlaufstelle in der Nähe bei Notfällen.

■ Jürgen Speer (FDP)

Speer zeigte sich skeptisch, als die Sprache auf die Ausbaupläne des Weilheimer Krankenhauses kam. Der Standort sei klein, beengt, es gebe keine Parkplätze und Erweiterungsmöglichkeiten. Er wolle in Zukunft alle Sitzungen des Kreistags live ins Internet streamen, damit sich alle Bürger ein Bild machen können. Eine weitere Schuldenfinanzierung des Krankenhauszuschusses schloss er aus. Speer kritisierte die Pläne, Bürgerentscheide zur Krankenhausentwicklung nicht mehr zuzulassen.

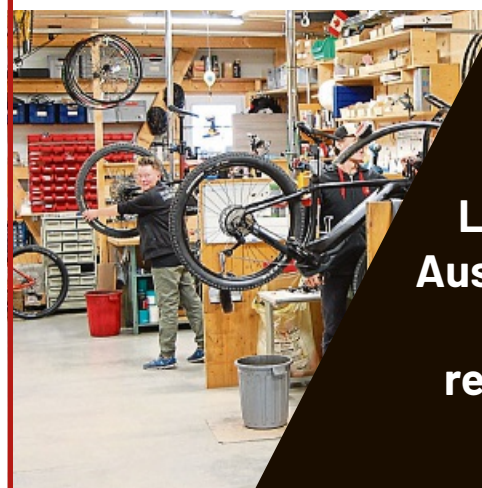
■ Timo Böge (BfP)

Böge konnte nicht an der Podiumsdiskussion teilnehmen, äußerte sich allerdings schriftlich zu den Fragen. Er sehe den rechnerischen Vorzug des Standorts Weilheim kritisch, so Böge. Der Versuch, Weilheim als Schwerpunktversorger zu etablieren, verursache hohe Kosten, „ohne dass in meinen Augen realistische Erfolgsaussichten bestehen“. Starnberg sei zu stark. Böge forderte mit Blick auf die Transparenzdebatte, aus der GmbH ein „kommunales Unternehmen“ zu machen, da das mehr Mitwirkungsmöglichkeiten für den Kreistag biete. Desweiteren spricht sich Böge dafür aus, den Zuschuss für die Krankenhaus GmbH zu begrenzen und stattdessen Geld für die Sicherung des Penzberger Krankenhauses bereitzustellen.

Bikeservice

Um Ihnen Wartezeiten im Frühjahr zu ersparen, vereinbaren Sie jetzt einen Servicetermin für Ihr Bike.

(ist es Ihnen nicht möglich Ihr Bike zu bringen, kann auch ein Hol- und Bringservice vereinbart werden).



Lager- und Auslaufbikes zu stark reduzierten Preisen

RADSPORT LERF LEIDENSCHAFT

Am Lerchenfeld 6 | 86956 Schongau
Telefon 08861 2664 | www.sport-lerf.de